

Kommunikation - Dokumentation

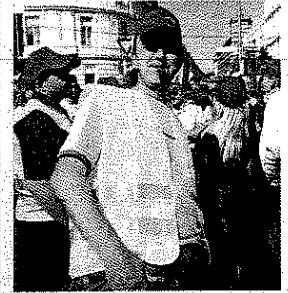
14. 5. 2009

- Der Standard
- Die Presse
- Kronenzeitung
- Kurier
- Österreich
- Salzburger Nachrichten
- Wienerzeitung
- Wirtschaftsblatt
- Wochenmagazine
- Monatsmagazine

Donnerstag, 14. Mai 2009 14. 5. 2009

22.30 €co 163 398-443

Faire Löhne: Die Ohnmacht des ÖGB; Nicolas Hayek: Retter der Schweizer Uhrenindustrie und Visionär; Elektrofahrräder im Trend; Wirtschaftsfaktor Life Ball

ÖSTERREICH
14. 5. 2009

Bereit für einen härteren Arbeitskampf: Demo war nur der Anfang.

Gewerkschaft will Streik, falls Lohn-Abschlüsse zu gering ausfallen

25.000 bei ÖGB-Demo

Arger über Verhandlungen: Gestern demonstrierten 25.000 für höhere Löhne.

Wien. Der Kampf um die Löhne mobilisiert die Massen. 25.000 Personen (laut Gewerkschaft) zogen gestern von der Wiener Zentrale der Industriellenvereinigung bis zur Wirtschaftskammer Österreich. Lautstark forderten sie höhere Gehaltsabschlüsse. Angeheizt wurde die Menge vom obersten Postgewerkschafter Robert Wurm: „Die Gewerkschaft ist eine Kampf-

organisation. Wir lassen uns nichts gefallen.“

Krise hat alle erreicht. Hintergrund der Demo, zu der fünf Groß-Gewerkschaften aufgerufen hatten: Wegen der Wirtschaftskrise stocken die Kollektivvertragsverhandlungen. Die Vertreter von 400.000 Beschäftigten kämpfen um mehr Geld, doch die Arbeitgeber schalten nach wie vor auf stur. Wegen der Krise ist sogar die Rede von Nulllohnrundern und Lohnverzicht.

Jetzt droht die Eskalation. Die Gewerkschaft ist bereit für einen harten Arbeitskampf: Wenn nicht bald eine Lösung gefunden wird, ist ein Streik der nächste Schritt. Das sagte bei der Demo Karl Proyer von der GPA.

Es gibt nichts zu verteilen. Die Arbeitgeber geben sich von der Demo unbeeindruckt: „Wenn nichts da ist, gibt es nichts zu verteilen“, meinte Markus Reyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

KRONENZEITUNG

14. 5. 2009

Foto: Ardi Schiel



Ein Signal für faire Löhne, gegen Lohnverzicht und gegen eine Nulllohnrunde setzten gestern Nachmittag bei einer Demonstration in Wien Tausende Mitglieder von einzelnen Fachgewerkschaften mit insgesamt

400.000 Beschäftigten. Das Motto der Demonstranten, „Wir verzichten nicht“, sollte verdeutlichen, dass die Arbeitnehmer nicht bereit sind, für eine von ihnen nicht verschuldete Krise die Zeche bezahlen zu müssen.

Ein kämpferischer ÖGB:

Arbeitnehmer sollen nicht für die Krise büßen

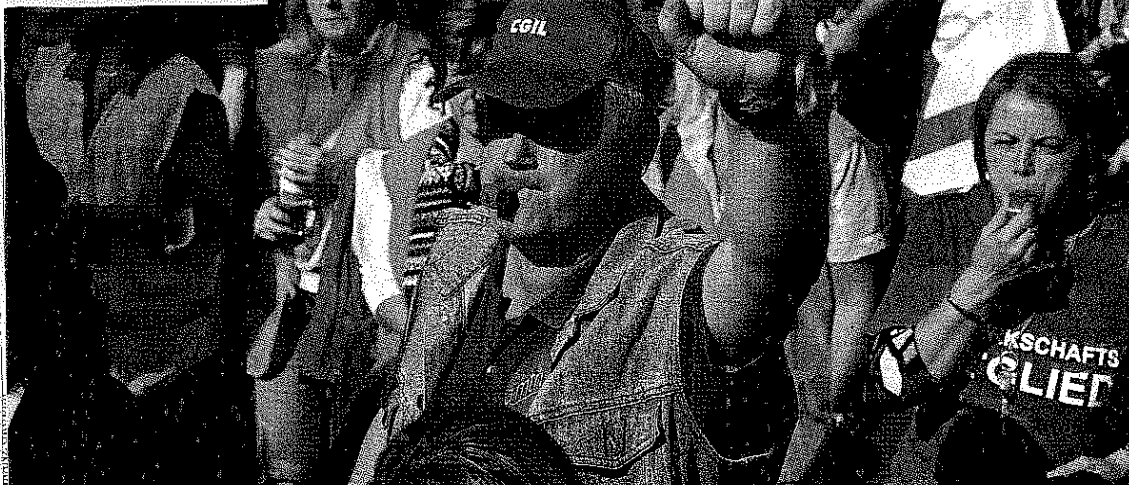
Wien. – Kämpferisch gab sich gestern die ÖGB-Spitze angesichts stockender Lohnverhandlungen in mehreren Branchen und der Diskussion um eine Nulllohnrunde: ÖGB-Chef Foglar will verhindern, dass Arbeitgeber die momentane Krise dazu benutzen, das gute Geschäftsjahr 2008 und zum Teil noch immer volle Auftragsbücher zuzudecken. GPA-Chef Katzian meinte in NEWS, man dürfe die Arbeitnehmer nicht gleich zweimal für die Krise büßen lassen, das würden die Leute nicht verstehen und sie zornig machen. Seitens der Wirtschaft wurde betont, dass eine Nulllohnrunde bei den Verhandlungen kein Thema gewesen sei.



Gewerkschaft Lauter Ruf nach „fairen Löhnen“

Mit einer Groß-Demo in Wien ging die Gewerkschaft am Mittwoch für faire Löhne und Gehälter auf die Straße. Konkret ging es um die immer noch ausstehenden Kollektivvertragsabschlüsse für rund 400.000 Beschäftigte. Die Arbeitnehmer sehen nicht ein, dass sie die gesamte Last der Wirtschaftskrise schultern sollen. Arbeitgeber-Vertreter zeigten kein Verständnis für die Demo. Sie warfen der Gewerkschaft vor, mit Fehlinformationen wie einer angeblichen Null-Lohnrunde politisches Kleingeld zu machen. An der Demo nahmen zwischen 15.000 (laut Polizei) und 25.000 Personen (laut Gewerkschaft) teil.

SEITE 10



Kampfansage Die Gewerkschaft hat eine Groß-Demo für „faire“ Lohnabschlüsse organisiert. Ob das hilfreich ist, wird sich zeigen...

Gewerkschaftsdemo

Die Lohnrunde auf der Straße

Bis zu 25.000 Arbeitnehmer drängten am Mittwoch lautstark auf eine „faire Lohnrunde“ auch im Krisenjahr 2009.

VON FRANZ JANDRASITS
UND PAUL TRUMMER

Der Wettergott stellte sich auf die Seite der Gewerkschaft: Pünktlich zum Start der Großdemonstration zur Beschleunigung der schleppenden Lohnrunden stellte sich am Mittwochnachmittag in Wien Schönwetter ein. 25.000 Demonstranten – laut Polizei waren es gut 15.000 – ließen den Arbeitgebern vor der Industriellenvereinigung am Schwarzenbergplatz und der Wirtschaftskammer in der Wiedner Hauptstraße ordentlich ein.

Drei Prozent „Die Krise wird auf uns kleine Leute abgeladen“, klagte eine Angestellte aus der Elektrobranche. Das Angebot der Arbeitgeber von 1,5 Prozent sei, kritisiert sie, viel zu niedrig. Drei bis 3,5

Prozent Lohnerhöhung, damit könne man, ist die einhellige Meinung der Demonstranten, leben. Damit sei zumindest die Teuerung abgegolten. Die Inflation macht nach Gewerkschaftsberechnung seit der letzten Lohnrunde im Mai des Vorjahres 2,7 Prozent aus.

Auch ÖGB-Chef Erich Foglar forderte, lautstark von Trillerpfeifen unterstützt, eine „faire Lohnerhöhung“. Und wies die Kritik der Arbeitgeber, die Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die Straße gefährde den sozialen Frieden, scharf

„Das so genannte Angebot der Arbeitgeber ist ein Rückschritt ins 19. Jahrhundert.“

Rudolf Kaske Gewerkschaft vda

zurück: „Wir demonstrieren, wie wir wollen, wann wir wollen und wo wir wollen.“ Die Unternehmer hatten die Demonstration im Vorfeld für überzogen erklärt, weil es in den Verhandlungen für alle zehn Branchen mit zusammen rund 400.000 Beschäftigten Angebote seitens der Arbeitgeber gebe und die

Gespräche nirgends abgebrochen seien.

Die Angebote seien allerdings – so Rudolf Kaske, Chef der Gewerkschaft vda, die für 180.000 Beschäftigte im Hotel- und Gastgewerbe verhandelt – mehr als ungenügend. Die Forderung nach Verkürzung der Ruhezeiten und die Lockerung der Bestimmungen in der Tourismusbranche für die Sonntagsarbeit von Jugendlichen seien „ein Schritt zurück ins 19. Jahrhundert.“

Tiefte Kritik gab es auch am Angebot für die 35.000 Arbeitnehmer der IT-Branche. Die Arbeitgeber wollen nur die Kollektivvertragsgehälter, nicht aber die Ist-Gehälter anheben. Das bedeute für 95 Prozent der Beschäftigten schlicht eine Null-Lohnrunde.

Auch in der Elektroindustrie liegen die Vorstellungen von Gewerkschaft und Arbeitgeber noch weit auseinander. Dort müsse man, verlangt Metaller-Chef Rainer Wimmer, die Verantwortung der Unternehmer für ihre Mitarbeiter vor allem in der Krise einfordern. Die Großdemo werde sich jetzt aber auf die Bereitschaft der Arbeitgeber zu einem „fairen

Angebot“ auswirken. „Ich glaube“, rief er unter stürmischen Beifall der Teilnehmer, „dass sie am Montag (am 18. Mai ist die nächste Verhandlungsrunde, Anm.) etwas zugänglicher sein werden.“

Was freilich ein frommer Wunsch sein dürfte. Die Industrie wünscht sich eine gestaffelte Lohnerhöhung

„Ich glaube, dass die Unternehmer in der Runde am Montag zugänglicher sind.“

Rainer Wimmer Metaller-Chef

nach deutschem Modell, die bei Andauern der Krise teilweise verschoben werden kann. Und hofft, dass der Großteil der Arbeitnehmer zu Verzichtsbereit ist. Laut einer Umfrage von GfK wären fast zwei Drittel der 500 Befragten bereit, ein halbes Jahr länger auf eine Lohnerhöhung zu warten, die Hälfte würde akzeptieren, dass die Erhöhung ganz ausfällt.

Demonstrationen
Bilder, Video, Hintergründe und Interviews zum Thema auf

KURIER.at

Abschied von der alten Idylle

DEMONSTRATIONEN. Die Gewerkschaften verlassen den Verhandlungstisch, um für „faire Löhne“ zu demonstrieren.
DIFFERENZEN. Die Sozialpartnerschaft steht schon zu Beginn der Rezession vor einer harten Bewährungsprobe.

WIEN (red.). Nach Jahren der trauten Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen die Zeichen auf Sturm. So demonstrierten gestern, Mittwoch, fünf Großgewerkschaften in Wien für kräftige Lohnerhöhungen. Gleichzeitig präsentierte die Industriellenvereinigung eine von ihr in Auftrag gegebene Umfrage, wonach sich eine Mehrheit der Arbeitnehmer in der Stunde der Krise auch mit weniger Lohn zufriedengeben würde.

1 Warum gehen Gewerkschaften gerade jetzt auf die Straße?

Eine Krise, die immer mehr Menschen (etwa durch Arbeitsplatzverlust) zu spüren beginnen, ist eine gute Gelegenheit, die eigene Bedeutung zu steigern und den in den vergangenen Boomjahren etwas in die Defensive geratenen ÖGB wieder flottzumachen. Die Demonstration ist also nicht nur

ZUM THEMA

ÖGB-Stopptafeln auf „Irrwegen“
Tausende machten ihrem Ärger Luft S: 2

Leitartikel von Karl Ettinger:
Wirtschaft und ÖGB vereint zur Demo S: 27
diepresse.com/demo



Tausende Gewerkschafter protestierten in Wien wegen stockender Lohnverhandlungen, eine Umfrage zeigt aber Akzeptanz für spätere Erhöhung.

SOLIDARITÄT IN DER KRISE?

Umfrage: „Welche Maßnahmen würden Sie akzeptieren, um in der Krise zu bestehen?“

Nächste Gehaltserhöhung ein halbes Jahr später	62
Weniger Lohn bei reduzierter Arbeitszeit	57
Weiterbildungsmaßnahmen bei reduziertem Lohn	53
Kurzarbeit	52
Keine Gehaltserhöhung	50
Keine Pensionserhöhung	46
Verzicht auf betriebliche Sozialleistungen	38
Weniger Lohn bei gleicher Arbeitszeit	29
Weniger Pension	10
Zu keinem Verzicht bereit	9

Angaben in Prozent
Quelle: ÖGB-Arbeit (500 befragte Angestellte bis 39), Die Presse

ein Signal an die Arbeitgeber („Wir lassen uns das nicht gefallen“), sondern zumindest ebenso stark an die eigenen Mitglieder („Seht her, wir tun etwas für euch“). Premütigend für den ÖGB war wohl auch das Beispiel der Lehrgewerkschaft, der ihre ablehnende Haltung gegen Reformen zwar viel öffentliche Kritik, aber auch tausende neue Mitglieder beschert hat. Harte Kollektivvertragsverhandlungen für große Dankschuld gibt es erst wieder im Herbst – das kann also nicht der Grund für die Demonstration sein.

2 Was verstehen Gewerkschaften unter „fairen“ Löhnen?

Aus Sicht der Gewerkschaften wären Lohnerhöhungen in der Gegend von mindestens drei Prozent angemessen. Sie verweisen auf die hohe Teuerung des Vorjahres (im Jahreschnitt bei 3,2 Prozent) und die großteils noch gute Ertragslage vieler Unternehmen. Aus Sicht der Arbeitgeber wären derartige Lohnsteigerungen angesichts der immer schlechter werdenden Wirtschaftsdaten aber für viele Unternehmen nicht mehr verträglich.

3 Woran orientieren sich die Lohnverhandler?

Ausschlaggebend war bislang die sogenannte „Benya-Formel“: Demzufolge bekommen die Arbeitnehmer die Teuerungsrate abgezogen und einen Anteil an den Produktivitätsgewinnen. Umstritten ist der Betrachtungszeitraum: Die Arbeitgeber fordern eine Orientierung der Lohnhöhe an den Inflationserwartungen für das laufende Jahr. Die Gewerkschaften wollen sich am Vorjahr orientieren. Demzufolge wären kräftige Lohnerhöhungen angemessen, da 2008 die Inflationsrate über drei Prozent lag. Aus Sicht der Arbeitgeber wären hohe Lohnabschlüsse angesichts der Krise geradezu fahrlässig.

4 Orientieren sich Löhne an der Lage des einzelnen Betriebs?

Nein. Im Gegensatz zu Deutschland werden Löhne hierzulande kaum in Betrieben ausgehandelt. Die Anhebung der Löhne wird in den Kollektivverträgen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern einer gesam-

ten Branche vereinbart. Allerdings gibt es freiwillige Lohnkürzungen (zuletzt etwa bei Magna). Die Arbeitgeber sprechen sich für eine stärkere Berücksichtigung der Gewinnsituation eines Betriebs aus, die Gewerkschaft stimmt dem meist nur zögerlich zu. So gab es bei den Metallern etwa vom Betriebsergebnis abhängige Einmalzahlungen.

5 Gibt es bereits Forderungen nach einer „Nulllohnrunde“?

Die Industriellenvereinigung brachte zuletzt die Nulllohnrunde ins Spiel. Nicht nur Gewerkschaft und Arbeiterkammer sind dagegen, auch die Wirtschaftskammer. Während Wifo-Experte Alois Guger warnt, dass eine Nulllohnrunde die Kaufkraft weiter schwächen und zur Deflation führen könnte, hält es IHS-Experte Helmut Hofer für sinnvoll, Betrieben, denen es schlecht geht, mehr Möglichkeiten einzuräumen, die Löhne weniger stark oder zeitverzögert anzuheben. Dem kann auch Guger einiges abgewinnen: Man sollte solche Einzelfälle aber nicht an die große Glocke hängen, damit sie nicht zum Vorbild werden.

6 Darf während der Arbeitszeit demonstriert werden?

Ja, meint die Gewerkschaft. Die Teilnahme an einer ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration könne kein Entlassungsgrund sein. Allerdings gibt es keinen Entgeltanspruch für die entfallene Zeit. Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal von der Uni Wien sieht das anders: Wer unbefugt der Arbeit fernbleibt, setzt einen Entlassungsgrund. Das gilt seiner Meinung nach auch für die Teilnahme an Streiks. In der Praxis hätten die Arbeitnehmer meist nichts zu fürchten, da es zum Inhalt von Friedensschlüssen nach Streiks gehöre, dass niemand entlassen werde.

Arbeitsrechts-Professor Franz Marhold von der Uni Graz verweist hingegen darauf, dass es zum Demonstrations- und Streikrecht keine Rechtsprechung in Österreich gibt. Mit Blick auf die deutsche Rechtsprechung und auf die Europäische Menschenrechtskonvention vertritt er die Ansicht, dass man an einem Streik (und damit auch an der Demonstration) teilnehmen könne, ohne arbeitsrechtliche Folgen zu fürchten.



Verschnaufpause und eine letzte Zigarette, dann ging es auch für diese Gewerkschafterinnen an zur Demonstration gegen Industriellenvorurteilung und Wirtschaftskammer. (L. Mitterlehner)

„Kämpfen statt kuscheln“

VON THOMAS PRIOR
UND KARL EITINGER

GROSSDEMONSTRATION. Tausende Gewerkschafter machten in Wien ihrem Ärger Luft: mit Trillerpfeifen gegen den „Pflanz der Hochfinanz“ und gegen Nulllohnkunden.

REAKTIONEN

Wir verzichten nicht: Ein großes Transparent macht gleich für alle sichtbar, warum am Mittwochmittag tausende Gewerkschafter in Wien auf den Beinen sind. Betriebsräte, ÖGB-Mitglieder, die Chefs von fünf Teilgewerkschaften, Arbeiterkammerpräsident Herbert Tumpel und natürlich ÖGB-Chef Erich Foglar marschieren gegen nulllohnkunden, die Industrievertreter im Allgemeinen und stöckende Kollektivvertragsverhandlungen für fast 400.000 Beschäftigte im Speziellen.

Auf den Tag genau vor sechs Jahren haben die Gewerkschafter gegen die Pensionsreform der schwarz-blauen Regierung mobil gemacht. Hagel- und Regenschauer prasselten damals auf die Demonstranten nieder.

Streik 2003 beschworen

Diesmal sind es die Unternehmens- und Industrievertreter, gegen die sich der Unmut richtet. Auf dem Schwarzenbergplatz vor dem Haus der Industrie haben zuerst Betriebsräte ihren großen Auftritt. Ein Chor von Verhandler aus der Elektroindustrie ertotet tosenden Applaus, als er offen ausspricht, was alle hier denken: Wenn die nächsten Verhandlungsrunden scheitern, müsse der Gewerkschaftsbund einen Streik ausgerufen, wie er Österreich schon 2003 lahm gelegt habe.

Die Menschen sind aus ganz Österreich angereist, meistens mit Bussen, es müssen an die 150 sein. Die Moderatoren auf der Bühne wollen 25.000 Menschen gezählt haben, die Polizei wird die Zahl später auf rund 15.500 relativieren. Ein stets Streikbarer ist jedenfalls dabei: Hans Salnmutter, ehemals GPA-Chef. Für das Regierungsteam der SPÖ hat sich Finanzstaatssekretär Andreas Schieder unter Volk

gemischt, für die Grünen Sozialsprecher Karl Ollinger.

Zur Standardausrüstung der Delegierten, die sich zwischen Bühne, seitwärts aufgestellten Mobil-WCs und dem IV-Haus bewegt, gehören Kappen (immer rot), Trillerpfeifen (rot oder weiß) und, größtenteils, Gewerkschaftswindjacken (auch rot). Über den Köpfen prangen die Schriftzüge, es sind unzählige Transparente in allen Formen und Farben. Und die Botschaften sind eindeutig: „Kämpfen statt kuscheln“, „Milliarden für die Hochfinanz, nix für uns – das ist ein Pflanz“, Oder auch: „Weniger Lohn führt zu Rezession“. Gegenüber, an den Mauern des Industriehauses, hängt das Gegenstatement, ein weißer Schriftzug auf blauem Hintergrund. Es ist eine Art Rechtfertigung: „Wir von der Industrie kämpfen um jeden Arbeitsplatz.“

Der Tross macht sich kurz vor 16.30 Uhr fünf in Richtung Wiedner Hauptstraße auf, wo die Wirtschaftskammer ihren Sitz hat. Privatangestellte, Metalller, Bau-Holz-arbeiter, Chemiker und Vida-Mitglieder, die ÖBB- und Tourismus-Bedienstete vertreten: Abordnungen aus fünf von neun Teilgewerkschaften ziehen mit.

Es ist ein gemächlicher Spaziergang: Pfeife zwar, aber so richtig Stimmung kommt immer nur dann auf, wenn der Mikrofonmann via Lautsprecher darum bittet. Und zwar ausdrücklich: „Wenn wir bei der Wirtschaftskammer ankommen, dann pfeifen, schreien und stampfen wir gleichzeitig!“

Eben dort sind dann die Dusee am Wort. Den Anfang darf AK-Präsident Tumpel machen, weil er bis Montag noch zur Wahl steht. Er sagt: „Wenn die mühsam errungene Senkung der Steuern durch die Wirtschaftskammer, die die Löhne erhöhen, dann zerstören wir die Wirtschaft.“

Für ÖGB-Chef Foglar und den designierten Vorsitzenden der SPÖ Gewerkschafter, Wolfgang Katzian, ist die Demonstration gleichzeitig auch eine Chance, vor ihrer Wahl beim ÖGB-Kongress Anfang Juni

einmal kräftig auf den Putz zu gehen. Sie nützen sie. Katzian, der wahrscheinlich beste, weil emotional treffsicherste Redner im ÖGB, geißelt die Plakate vor dem Hauptquartier der Wirtschaft (etwa: „Serbische Verhandlungen JA – Schüren von Emotionen NEIN“) und verurteilt die Reichensteuer-Rufe aus der SPÖ: „Zehn Prozent besitzen 70 Prozent des Vermögens in diesem Land – es ist Zeit, umzuverteilen.“

Der ÖGB-Chef teilt zunächst lieber aus: Von einer fairen Sozialpartnerschaft erwarte er sich, „dass sie gerade in Krisenzeiten funktioniert“, sagt Foglar. Die Gunst des Streikvolks bringt ihm erst ein anderer Sager ein: „In Frankreich werden die Manager eingesperrt, und in diesem Land gibt es Betriebsräte, die ausgesperrt werden.“

Die eigentliche Drohung platziert Foglar letztlich geschickt zwischen den Zeilen: Die nächsten Verhandlungsrunden sollten dadurch gekennzeichnet sein, dass die Vertragspartner „hinhören“. Weil sonst? Fortsetzung folgt.

► **Pröll verwundert.** „Ich hätte einen anderen Weg gewählt, weil ja noch nicht einmal Verhandlungen abgebrochen worden sind“, sagte ÖVP-Chef Vizekanzler Josef Pröll zu den Demonstrationen. Es gebe zwar Demonstrationsfreiheit, er erwarte aber von den Sozialpartnern, dass die Dinge am Verhandlungstisch gelöst werden.

► **Schieder hat Verständnis.** Prölls Staatssekretär im Finanzministerium, Andreas Schieder (SPÖ), hat dagegen Verständnis für die Demonstrationen. „Diese dienen dazu, größere Gruppen einzubinden. Zeitpunkt und Ort liegen in der Beurteilung der Veranstalter.“

► **FPÖ sieht Versagen des ÖGB.** „Die Gewerkschaft demonstriert heute gegen ihr eigenes Versagen der letzten Jahre“, sagte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl. Die SPÖ habe den Kurs des Sozialabbaus mitgetragen.

► **BZÖ solidarisch.** Das BZÖ hat sich mit den Arbeitnehmern solidarisch erklärt. Es sei ein Skandal, dass die Lohnverhandlungen stocken, sagte Generalsekretär Martin Strutz.

„Kein Verständnis für Kampf auf der Straße“

Die Wirtschaftsvertreter fordern eine „Rückkehr zu den Verhandlungstischen“.

WIEN (jz/hie). Mit sichtlicher Erregung kommentierte am Mittwoch Wolfgang Welser, Obmann der Industrie in der Wirtschaftskammer, in einer elli einberufenen Pressekonferenz die Proteste der Gewerkschaft: „Eine Demonstration ist zwar das Recht der Bürger in einer Demokratie. Zu dieser Zeit haben wir aber überhaupt kein Verständnis dafür, dass der Kampf nun auf die Straße gebracht wird.“ Gleichzeitig appellierte er an die Gewerkschaftsvertreter, „zurück an den Verhandlungstisch zu kommen“ und bei den zähen Kollektivvertragsverhandlungen „Geduld“ zu haben.

Von einer Nulllohnrunde sei „keine Rede“ gewesen. Die Angebote der Arbeitgeber bei den aktuellen sechs Lohnrunden würden sich zwischen 1,2 und 3,2 Prozent bewegen. Allerdings sind bei einer Branche (IT und Consulting) davon nur die Mindestlöhne betroffen – höhere Löhne würden nicht angehoben werden.

„Niemand ist daran interessiert, dass die Menschen in Österreich



„Ex-Landesrat Hirschmann wollte die Länder zu drei Regionen zusammenlegen. Er ist kein Landesrat mehr, ich möchte Minister bleiben.“

Wirtschaftsminister Mitterlehner (ÖVP).

Kaufkraft verlieren“, so Welser weiter. Allerdings müsse man angesichts der Krise Kreativität für flexiblere Modelle bei den Lohnsteigerungen haben. Als Beispiel nennt er jene Einigung, die von der IG Metall mit den deutschen Arbeitgebern im vergangenen

Herbst abgeschlossen wurde. Demnach sollen die Löhne in zwei zeitlich getrennten Schritten angehoben werden. „Man könnte vereinbaren, dass es einen Teil der Erhöhung jetzt gibt. Und sobald die Krise vorbei ist, gibt es zuerst eine Ausschüttung an die Mitarbeiter – und erst dann an die Aktionäre.“ Allerdings übt der Industrievertreter auch ein wenig Selbstkritik. „Die Krise wurde zwar nicht von der Wirtschaft in Österreich verursacht. Vielleicht hat man aber zuletzt bei den Dividendenausschüttungen übertrieben, sodass jetzt diese Liquidität fehlt.“

Etwas konzilianter zeigte sich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. „Wenn ein Unternehmen mit Lohnkürzungen beginnt, müssen andere aus Wettbewerbsgründen mitziehen“, argumentierte er im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Wirtschaftsuniversität Wien. „Man sollte in solchen Zeiten keine Symbole setzen, die zum Sparen anregen.“ Sonst würde der private Konsum zusammenbrechen. Mitterlehner appellierte aber auch an die Demon-

stranten: „Beide Seiten sollten vorsichtig vorgehen“, denn sonst könnte die Situation sehr schnell eskalieren.

Die Krise würde ohnehin genügend Probleme verursachen. So steigt die Verschuldung Österreichs dramatisch an. „Wir bräuchten zehn Jahre lang 2,5 Prozent Wachstum, um diese Situation in den Griff zu bekommen.“

Staatsreform nach der Krise? Nach möglichen Kürzungen der Staatsausgaben gefragt, nennt Mitterlehner eine Staatsreform als Möglichkeit. Aber erst dann, „wenn kein Druck mehr da ist“. Auf die Frage, ob sich ein kleines Land wie Österreich neun dezentrale Verwaltungen überhaupt leisten könne, meinte Mitterlehner: „Der steirische Ex-Landesrat Gerhard Hirschmann hat einmal vorgeschlagen, die neun Bundesländer auf drei Regionen zusammenzulegen. Hirschmann ist heute kein Landesrat mehr.“ Er selbst wolle aber noch länger Minister bleiben.

AUF EINEN BLICK

► **Lohnkonflikt.** Fünf der neun ÖGB-Teilgewerkschaften gingen am Mittwochmittag, angeführt von ÖGB-Präsident Erich Foglar, in Wien auf die Straße, um gegen schleppende Lohnverhandlungen zu demonstrieren. Insgesamt sind knapp 400.000 Beschäftigte von den stockenden Kollektivvertragsverhandlungen betroffen.

► **Demonstration:** Die Bilder von der Kundgebung unter diepresse.com/demo

Wirtschaft und ÖGB bald vereint zur Demo



LEITARTIKEL VON KARL ETTINGER

Der Lohnkampf läuft im Rampenlicht ab. Die Regierung schläft bei der Entlastung von Arbeit ruhig im Schatten.

Eine Viertelmillion Menschen, die bei den Arbeitsämtern als beschäftigungslos vorgemerkt sind. Tendenz steigend. Arbeitnehmer, die um ihren Job zittern. Sorge wachsend. Wirtschaftsforscher mit düsteren Prognosen. Tendenz fallend. Unternehmen mit immer größeren Lücken in den Auftragsbüchern. Schlamassel zunehmend. Vor dem Hintergrund der realen Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs, die viele Österreicher am eigenen Leib zu spüren bekommen, ist es keine Überraschung, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschafter jetzt wegen der künftigen Gehälter und wegen etwaiger Lohneinbußen im Gegenzug zum Erhalt des Arbeitsplatzes aneinandergeraten.

So ernst die wirtschaftliche Lage auch ist: Der voll entflammte Arbeitskonflikt hat auf beiden Seiten auch den Charakter eines Schaukampfes. Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Beyrer, hat die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt genützt, um eine Nulllohnrunde zu fordern, obwohl die Krise längst nicht in allen Branchen gleich wütet. Schließlich musste er sich schon vor Wochen durch den Wirtschaftsminister belehren lassen, dass dies kontraproduktiv sei. Der heißt Reinhold Mitterlehner und ist als Ex-Generalsekretär der Wirtschaftskammer auch kein Greenhorn und kein weltfremder linker Revoluzzer.

Der ÖGB, der vor drei Jahren nach dem Bawag-Schlag in die Magengrube nur mehr luftschnappend in der Ecke lag, nützt den verschärften Lohnkampf, um im wahrsten Sinn des Wortes zu demonstrieren, dass eine Gewerkschaft doch nicht überflüssig ist. Der Beweis ist somit erbracht: Wenn es schon mit der Rekrutierung der Mitglieder hapert, wie die jährlichen Statistiken belegen, der Selbsterhaltungstrieb des ÖGB funktioniert noch.

So alarmierend die ökonomischen Begleitumstände sind, so groß der zur Schau gestellte Unmut der Betriebsräte und ÖGB-Capos am Mittwochnachmittag war, es geht auch um Profilierung. Schließlich haben die großteils schwarzen Lehrgewerkschafter mit der Beamten-gewerkschaft im Rücken vorexerziert, dass sie nur mit einem Streiktag drohen müssen, damit Regierungsspitze und Unterrichtsministerin schon nach ihrer Pfeife tanzen. Da können machtbewusste SPÖ-Gewerkschafter angesichts der größten Wirtschaftskrise nicht einfach ruhig in ihrem Büro sitzen bleiben. Noch dazu, wenn sie,

wie Präsident Foglar und der designierte Chef der roten Gewerkschafter, Katzian, Anfang Juli von den Delegierten mit viel Zustimmung gewählt werden wollen. Da lässt man gern die Muskeln spielen, die in der Faymann-SPÖ gewachsen sind.

ÖGB und Wirtschaft werden bei allem Stress rund um die gestrige Demonstration hoffentlich noch die Zeit gefunden haben, zuvor einen Blick auf die Wirtschaftsseiten der Zeitungen zu werfen. Dort stand nämlich zu lesen, dass laut jüngster internationaler Studie österreichischen Arbeitnehmern von 100 Euro Lohn nur mehr 51,20 Euro netto, also gut die Hälfte, tatsächlich in der Geldbörse bleiben. Die andere Hälfte kassiert die öffentliche Hand für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ein.

Während Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf offener Bühne um jeden Zehntelprozentpunkt mehr Lohn feilschen, sitzt die rot-schwarze Regierung untätig in den Zuschauerbänken (nur SPÖ-Staatssekretär Schieder marschierte aus Solidarität mit). Nicht, dass sich jetzt Kanzler Faymann und Finanzminister Pröll in Kollektivvertragsverhandlungen einmischen sollten. Nein. Aber für die immer drückendere Abgabenlast ist die Regierung zuständig und für die Umsetzung der lang, lang versprochenen Senkung der Lohnnebenkosten erst recht. Davon hätten dann Arbeitgeber und Beschäftigte etwas.

Es steht ja nirgends geschrieben, dass etwa die Krankenversicherung auch für die nächsten hundert Jahre nur aus Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträgen, die vom Lohn abgezweigt werden, finanziert werden soll. Es muss keine 20 Jahre dauern, bis eine Teilfinanzierung aus Steuern bei gleichzeitiger Senkung der Sozialversicherungsbeiträge kommt. Was? In der Krise ist kein Geld dafür da? Unsinn! Beim Extra-körbargeld für das Budget durch die höheren Spiritpreise hat der Finanzminister auch sofort die Hand aufgehoben. Mit einer Extraportion Mut und gutem Willen ließe sich da schon etwas machen.

Nur wollte die Regierung darüber bisher nicht einmal ernsthaft diskutieren. Wirtschaft und ÖGB sollten rasch vereint dafür demonstrieren, statt sich gemeinsam aus-säckeln zu lassen. Glück auf!

Abschied von der alten Idylle Seite 1
Demonstration der Gewerkschaft Seite 2

karl.ettinger@diepresse.com

DER STANDARD

14. 5. 2009

Aufmarsch der Gewerkschafter für höhere Löhne



„Erst abkassieren, dann abservieren.“ Fünf Großgewerkschaften, mehr als 15.000 Menschen, angeführt von AK-Präsident Herbert Tumpel, GPA-Chef Wolfgang Katzian und ÖGB-Präsident Erich Foglar, zogen am Mittwoch in Wien gegen die Industrie ins Feld.

Auslöser der Demonstration waren die offenen Lohnabschlüsse in zehn Branchen, einzelne Sparten haben acht erfolglose Verhandlungsrunden hinter sich. Arbeitgeber warnen davor, den Ernst der Krise zu verkennen.

F.: Cremer Seite 23

„Erst abkassieren, dann abservieren“

Machtdemonstration in Wien: Die Coworkerschaft geht wegen offener Lohnabschlüsse auf die Straße. Lohnverzicht habe keinen Betrieb gerettet, so der Tenor. Der Ernst der Krise werde verkannt, klagt die Industrie.

Verena Kainrath

Wien – „Ich sage es, wie es ist: Ab-spiesen wollen sie uns, abspiesen.“ Johann Steiner schiebt sich die rote Kappe aus dem Gesicht, drückt das Transparent einige Zentimeter höher. Er habe hart gearbeitet und die Industrie gut verdient, sagt der Metalller. Die Lohnverzicht, die man ihm hieße, mache nicht einmal die Inflation wett. Eine Demonstration sei keine Verhandlungsrunde, das sei schon klar. Aber die da oben in der Industrie könnten sich nicht alles mit den Beschäftigten erlauben.

Am Wiener Gürtelwägenplatz gehen Emotionen hoch. „Zuerst abkassieren – dann abservieren. Wir wollen nichts Utopisches, sondern Fairness“, knattert aus den Lautsprechern. Stimmen überschlagen sich im Meer an roten T-Shirts, und der Rhythmus der Trommeln wird schneller. Der Auslöser der Proteste von fünf Großgewerkschaften angeführt von ÖGB-Chef Erich Foglar sind offene Lohnabschlüsse in zehn Branchen. 400.000 Arbeitnehmer sind betroffen. Einen Marathon an Verhandlungen haben etwa die Vertreter der Druckereien hinter sich: Ganze acht Mal wurde



Sie kämpfen, angeführt von ÖGB-Chef Erich Foglar, für höhere Löhne: Rund 15.000 Arbeitnehmer gingen laut Polizeiangaben am Mittwoch in Wien auf Konfrontationskurs mit der Industrie. Foto: Matthias Greiner

beraten. Auf vier Runden brachte es die Elektroindustrie. Ebenso viele absolvierten die Textilbranche, chemische Industrie und die Speditionen. In der PC-Branche gab es bisher fünf Runden ohne Ergebnisse. Im Gastgewerbe, in der Papier- und Holzindustrie waren es drei.

Ludwig ist mit 500 Mann Unterstützung aus Kärnten angereist. Anfang 30 ist er, in lässigen Jeans und mit grimmigen Lächeln, sein rotes Pfeifergreif um den Hals. Fünf gute Jahre habe die Kärntner

Industrie hinter sich, sagt der Arbeiter unter beifälligem Murren seiner Kollegen, „wir haben immer unser bestes gegeben. Und jetzt? Abschlüsse unter der Inflation wollen sie uns verkaufen“. Bei Managerngehältern und Dividenden sei ja auch nicht gespart worden.

Kein Verständnis dafür, die Konflikte auf der Straße auszutragen, hat freilich die Industriellenvor-nigung. Die Bevölkerung sei auf ihrer Seite, die Protestveranstaltung das Verkennen der „wahren wirtschaftlichen Situation“, poltert ihr Präsident Veit Sorger. Zu keinem Lohnverzicht bereit seien nur neun

Prozent der Arbeitnehmer. Das belege eine GfK-Umfrage im Auftrag der Industrie. Sorger versicherte einmal mehr, dass die Lohnpolitik an die Lage der jeweiligen Sparten angepasst werden müsse. Er denke keineswegs an eine generelle Nulllohnrunde. Die bisherigen Lohnabschlüsse waren weit von Nullrunden entfernt: Die Metalller vereinbarten vergangenes Herbst 3,8 Prozent höhere Löhne. Ihre Abschlüsse gelten als richtungweisend.

Sorger sieht die Talsohle der Krise nicht erreicht. Die Gewerkschaft sei sich des Ernstes der wirtschaftlichen Situation nicht bewusst. Die

Pressespiegel

Industrie lasse sich von den Protesten jedoch nicht beeindrucken. Der private Konsum reiche nicht aus, um Österreich als Exportland auf Kurs zu halten, sagt Wolfgang Welsch, Obmann der Industrieparte.

Generell können sich die Arbeitgeber eine stufenweise Ausbebung der Kollektivverträge vorstellen. Ähnliches sei etwa in Deutschland ausverhandelt worden. Dort einigten sich die Metalller im November auf eine Erhöhung der Entgelte in zwei Stufen von insgesamt 4,2 Prozent. Diesen Mai sollte die zweite Stufe folgen. Sollte die Arbeitgeber forderten im April ihre Mitarbeiter auf, darauf zu verzichten.

„Zeche für Krise zahlen“

Die Grünen und das BZÖ haben sich mit den Arbeitnehmern solidarisch erklärt. Unterstützung kam vom BZÖ. Auch die Fraktion der sozialdemokratischen und christdemokratischen Gewerkschafter sprachen sich dafür aus, dass Arbeitnehmer nicht die Zeche für die Krise bezahlen dürften. Verwundet gab sich Finanzminister Josef Proll: Er hatte einen anderen Weg gewählt, die Probleme gehörten am Verhandlungstisch gelöst.

„Jeden Prozentpunkt an höheren Löhnen, den wir uns jetzt hier erarbeiten, hilft uns im Herbst über Probleme hinweg“, ist sich Metallarbeiter Steiner sicher. Im übrigen habe der Lohnverzicht noch nie geholfen, ein Unternehmen zu retten.

Das alles hier ließe sich steigern, meint ein älterer Mitstreiter aus der Druckbranche und lässt den Blick über die Menge der Demonstranten wandern. „Es gibt Kampfmaßnahmen in jeder Abstufung. Bis zum Streik. Wenn sie den haben wollen, dann sollen sie ihn bekommen.“

SCHWERPUNKT:
**Großdemos
um Löhne**

REAKTIONEN

„Wenn nix da ist, gibt es nix zu verteidigen.“

Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

„Wir verhandeln über 700 Kollektivverträge und bisher ist es noch immer gelungen, mit Augenmaß und Ziel zu einer guten Einigung zu kommen. Aber natürlich sind die Zeiten schwieriger geworden.“

Von mir haben Sie das Wort Nulllohnrunde nie gehört.“ Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer in der Wiener Zeitung

„Bei einer Nulllohnrunde entgehen der Wirtschaft Milliarden an Nachfrage, und der Effekt der Senkung zur Erhaltung der Arbeitsplätze wäre aufgefressen. Das wäre ein konjunktureller Irrweg.“

Herbert Tumpel, Präsident der Arbeiterkammer

„Das könnte ein Klima erzeugen, das wir in Zeiten wie diesen nicht brauchen.“

Reinhold Mitterlehner (VP), Wirtschaftsminister

„Ich hätte einen anderen Weg gewählt, weil ja noch nicht einmal Verhandlungen abgebrochen worden sind.“

Josef Pröll (VP), Finanzminister

„Wir wissen aus der Vergangenheit, dass kein Lohnverzicht dazu geführt hat, ein Unternehmen zu retten und auch nicht, die Krise abzuwenden.“ Wolfgane Katzian, GPA-Vorsitzender im Magazin News

„Wir leben in einer Zeit, in der die Mitglieder einer Interessengruppe ihre Anliegen auch sichtbar für ihre Mitglieder nach außen tragen wollen.“

Andreas Schieder (SP), Finanzstaatssekretär

Arbeitsmarktpaket noch vor dem Sommer fertig

Mehr Altersteilzeit, Stiftungen geplant

Johanna Ruzicka

Wien – Heute, Donnerstag, wollen die Sozialpartner noch an den letzten Einzelheiten feilschen: Das Arbeitsmarktpaket II steht weitestgehend fest, bestätigten Verhandler. Ziel ist, dass es nach einer kurzen Begutachtungsfrist noch vor der Sommerpause ins Parlament kommt, verläutet das Sozialministerium; noch steht nicht fest, wann genau es in Kraft treten soll.

Bei einigen der Hauptpunkte zum Beschäftigungs-Maßnahmenpaket wird auf Vereinbarungen zurückgegriffen, die teilweise bereits vor den Wahlen feststanden, erläutert Bernhard Achitz, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung im ÖGB.

■ **Altersteilzeit** Diese war in letzter Zeit nicht so häufig in Anspruch genommen worden, da die Alters-Antrittsberechtigung sukzessive hinaufgeschraubt worden war. Das heißt, derzeit können Männer mit knapp 58 und Frauen mit 53 Jahren in Altersteilzeit gehen. Bei dieser Altersgrenze soll es auch bleiben, heißt es von den Verhandlern. Mit einem weiteren Hinaufschrauben der Altersgrenze hätte es kaum mehr Anspruchsberechtigte/Interessenten gegeben.

Die weitere Neuerung bei der Altersteilzeitregelung betrifft die Verpflichtung zur Einstellung einer zusätzlichen Arbeitskraft. Diese soll entfallen, wenn „geblockt“ wird, dafür wird es aber geringere Zuschüsse vom Arbeitsmarktservice (AMS) geben. Blocken bedeutet, dass bei der Altersteilzeit in der ersten Hälfte des Zeitraums voll gearbeitet wird und in der zweiten überhaupt nicht mehr.

■ **Solidaritätsprämienmodell** Dabei reduzieren Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit; im Gegenzug wird ein neuer Mitarbeiter eingestellt. Die Arbeitnehmer bekommen einen Teil des Entgeltentfalls vom AMS refundiert. Auch dieses Modell gibt es bereits; es soll aber wieder häufiger genutzt werden. Künftig soll den Firmen erlaubt werden, auch Lehrlinge als Ersatzkräfte einzustellen. Bisher mussten Firmen arbeitslose Personen einstellen. Durch die Möglichkeit, auch Lehrlinge aus einer AMS-Maßnahme (sogenannte überbetriebliche Lehrlingsausbildungen) aufnehmen zu dürfen, soll die rasant zunehmende Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt werden, wird gehofft. Offen ist noch, für wie lange das AMS den Arbeitsentgeltentfall übernimmt; es scheint aber, dass sich die Sozialpartner auf eine zweijährige Laufzeit der Maßnahme einigen.

■ **Jugend-/Leiharbeiterinnen-Stiftung** Mit rund zehn Mio. Euro dotiert werden die Stiftungen, in denen insgesamt 2000 Menschen, und zwar vor allem Junge bis zu 25 Jahren, Unterschlupf finden sollen.



Trillerpfeifen für mehr Lohn

Die schleppenden Kollektivvertragsverhandlungen haben am Mittwochmittag Tausende Arbeitnehmer zu einer Protestkundgebung vor die Gebäude von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer geführt. Vertreter der beiden Arbeitgeberverbände zeigten wenig Verständnis für den Protest auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise.

Bild: SN/AP

STANDPUNKT

Keine Zeit für Scharfmacher, sondern für Partner

Wann, wenn nicht jetzt, sind die Sozialpartner gefordert? Vor allem, um in den eigenen Reihen für Vernunft zu sorgen.

SYLVIA WÖRGETTER

Nein, die gestrige Demonstration von fünf Gewerkschaften gegen Lohn-dumping war nicht der Vorbote eines neuen Klassenkampfes. Dazu waren die Töne trotz aller Rhetorik zu mild und die Teilnehmerzahl zu gering. Dass Gewerkschaften auch in Zeiten der Krise „faire Löhne“ fordern, gehört zu ihrem Kerngeschäft. Dass sie es auf der Straße tun, ist weniger eine Demonstration von Stärke als vielmehr ein Signal an die eigene Klientel: „Seht her, wir tun etwas!“, lautet die Botschaft.

Denn die Wirtschaftskrise zeitigt viele Folgen, gegen welche die Gewerkschaft nicht das Geringste tun kann: Massen-

kündigungen und zigtausendfache Kurzarbeit zum Beispiel. Deshalb erinnerte das Pfeifkonzert gestern ein wenig an das sprichwörtliche Pfeifen im Wald, mit dem man sich Mut macht auf einem dunklen Weg. Es ist Ausdruck einer weitverbreiteten, über den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder hinausgehenden Angst – um den Job und um den Lebensstandard.

In dieser Situation sind alle gut beraten, Besonnenheit an den Tag zu legen. Unangebracht sind Aussagen, welche diese Angst noch weiter schüren. Für ein Arbeitslosenheer von 500.000 Menschen, das zuletzt der Spartenobmann der Industrie heraufziehen sah, gibt es keine Anhaltspunkte. Und ob der Ruf nach einer generellen Nulllohnrunde der Weisheit letzter Schluss ist, darf ebenfalls bezweifelt werden. Eine solche würde die Konsumfreude empfindlich bremsen. Und gerade der Konsum war es, der Österreichs Wirtschaft bisher vor noch Schlimmerem bewahrt hat.

Umgekehrt ist das Motto der gestrigen Demo „Wir verzichten nicht!“ in seiner Totalität ebenso falsch. Um die Krise einigermaßen unbeschadet zu überstehen, waren bereits Opfer nötig. Und werden weitere Opfer nötig sein.

Die Spitzen der Sozialpartner sind bisher maßvoll aufgetreten. Nun müssen sie dafür sorgen, dass auch in ihren eigenen Reihen Maß gehalten wird. Der ÖGB-Chef muss Scharfmacher einbremsen, die sich mit klassenkämpferischen Tönen profilieren wollen; der Wirtschaftskammerchef jene, welche die Krise als Vorwand für arbeitsrechtliche Grausamkeiten missbrauchen wollen.

Die Sozialpartner bestimmen nicht nur die Bedingungen, unter denen in Österreich gearbeitet wird. Sie sind wesentlich für den sozialen Frieden im Land verantwortlich. Wann, wenn nicht jetzt, werden sie dazu gebraucht?

Ihre Meinung? www.salzburg.com/meinung



„Wir verzichten nicht“: 15.000 Demonstranten waren laut Polizei den Protestaufrufen der Gewerkschaft gegen befürchtetes Lohndumping gefolgt.

„Faire Löhne“

Demonstrieren auch ohne Urlaub rechtens

Mit der Demonstration für „faire Löhnerhöhungen“ wollten fünf Fachgewerkschaften am Mittwoch in Wien ein Zeichen für Arbeitnehmer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten setzen. Auslöser waren die stockenden Kollektivvertragsverhandlungen für rund 400.000 Beschäftigte in mehreren Branchen. Unter dem Motto „Wir verzichten nicht“ wandten sich die Gewerkschafter gegen Aufrufe aus der Wirtschaft für eine Verschiebung der Verhandlungen. Laut Gewerkschaft ist die Teilnahme an einer Demonstration wie am Mittwoch ohne Urlaub erlaubt, auch wenn sie in die Arbeitszeit fällt. Die Teilnahme an einer angemeldeten Demonstration sei auch kein Entlassungsgrund, hieß es. Fallen Arbeitsstunden aus, besteht für diese Zeit aber kein Entgeltanspruch.

Demo ohne Blitz und Donner

Gewerkschaftsaufmarsch. Friedlicher Protestzug gegen die schleppenden Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern.

HELMUT SCHLIESSELBERGER

Fünfzehntausend (laut Polizeiangaben) beziehungsweise 25.000 (laut Veranstalter) Demonstranten marschierten am Mittwoch unter dem Motto „Wir verzichten nicht“ durch Wien. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen in vielen betroffenen Branchen ist man sogar noch weiter auseinander rund um die Demo.

Die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, die Chemiearbeiter, Druck, Journalismus, Papier, die Gewerkschaft Bau-Holz und die Dienstleistungsgewerkschaft vda hatten deshalb zur Großdemo gerufen. Tausende waren aus ganz Österreich gekommen, um für höhere Kollektivvertragsabschlüsse zu demonstrieren.

Trommeln, Trillerpfeifen und

kämpferische Aufrufe aus den Lautsprechern beherrschten Mittwochnachmittag akustisch den Wiener Schwarzenbergplatz vor dem an diesem Tag besonders trutzburghaft anmutenden Sitz der Industriellenvereinigung. Die IV hatte vorsorglich ein großes Transparent „Wir von der Industrie kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ übers Trutzburgtor gehängt.

Tafel und Transparente prägten auch drinnen – nur durch eine Batterie Mobilkios vom IV-Gebäude getrennt – das Bild des friedlichen Aufmarsches. Die Gewerkschaftslogos – „Wir zahlen täglich mehr, Gehaltsplus ist nur fair“, „Milliarden für die Hochfinanz, nix für uns, es ist ein Pflanz“, „Mit Kaufkraft aus der Krise heißt die Devise“, „Weniger Lohn führt in die Rezession“ – stellten die Anliegen der Demonstranten sehr gut dar. Die holprigen Politverse

ließen allerdings den Verdacht aufkommen. FPÖ-Brachialreimer Herbert Kickl („Abendland in Christenhand“, „Für Österreich da, statt für EU und Finanzmafia“) hätte sich der Gewerkschaft als Ghostwriter angeeignet.

Düngesam wälzte sich der Protestzug um halb fünf unter Führung von ÖGB-Chef Erich Foglar Richtung Wirtschaftskammer-Zentrale in Wien. Zuvor war die Stimmung kräftig angeheizt worden. „Auf unsere Kosten wird zuerst abkassiert, und dann werden wir abserviert“, donnerte ein Tourismusangestellter-Gewerkschafter aufgebracht Richtung IV-Gebäude, aus dem munter fotografiert wurde.

Viele der Teilnehmer waren sich ihrer berechtigten Forderungen bewusst, nahmen die Sache aber gelassener. „Am Urfahrmarkt waren mehr“, zog ein junger Lin-

zer Volksfestvergleiche. Käthe Wehs, die mit 140 Kollegen von der steirischen Papierfabrik Sappi angereist war, sagte den SN: „Wir sind da, weil wir glauben, dass wir da sein müssen, damit die Löhne net stagnieren.“ Trotziger Nachsatz: „Und wenn es nichts hilft, dann sollen sie wissen, dass wir nicht zufrieden sind.“

„White sharks don't like...“ steht vorn auf dem T-Shirt des Metallarbeiter Matthias aus dem Bezirk Oberwart. Am Rücken steht: „... united tiny fish.“ („Weiße Haie mögen keine vereinten kleinen Fische“). Der 17-Jährige will auch keine kleinen Fische, sondern „mehr Geld. Wir arbeiten auch genug, weil wir a gesuchte Branche sind.“

Bernhard Auinger, Porsche-Salzburg-Betriebsrat, weiß genau, warum er demonstriert: „Ich bin selbst im Verhandlungsteam der IT-Branche. Wir verhandeln seit September – fünf Runden – bis heute gibt es kein Gehaltsangebot. Unsere Berufsgruppe hat seit 1. Jänner keine Gehaltserhöhung.“

„Ich bin hier, weil alle ein Recht auf ihr Geld haben. Jeder soll seinen Lohn kriegen“, sagt Stefan Kogler, Maschinentechnikerlehrling aus Kärnten den SN.

Sein Namensvetter Werner Kogler deutet auf die SN-Frage, warum er demonstriert, auf ein Transparent der grünen Gewerkschafter mit der Aufschrift „Reichensteuer, jetzt sofort!“. Das hänge auch mit dem Kampf um faire Löhne zusammen, weil es jetzt keinen Sinn habe, die Löhne zu drücken. „Es geht jetzt darum, wer die Bewältigungskosten dieser Krise schultert.“ Für Kogler ist klar, wer schultern soll: „Die Reichen und Superreichen.“

Glück hatten die Demonstranten allemal. Dieser Tatsache waren sich aber nur jene Teilnehmer (und Berichterstatter) bewusst, die vor genau sechs Jahren, am 13. Mai 2003, bei der großen ÖGB-Demo gegen die schwarz-blaue Pensionsreform mit dabei waren. 100.000 Teilnehmer waren damals bei Regen, Donner, Blitz und Hagel klirrschnass geworden.



„Bis heute gibt es kein IT-Gehaltsangebot.“

B. Auinger, Porsche-Salzburg-Betriebsrat



„Mehr Geld, wir arbeiten auch genug.“

Matthias, Metall-Lehrling



„Sie sollen wissen, wir sind nicht zufrieden.“

Käthe Wehs, Chemie-Mitarbeiterin



„... weil alle ein Recht auf ihren Lohn haben.“

Stefan Kogler, Lehrling



„Reichensteuer, jetzt sofort.“

Werner Kogler, Grün-Abgeordneter

Bilder: SWSCHNITZ

Diesmal lachte dem ÖGB die Sonne



Zur Großdemonstration für ein „fares Stück vom Kuchen“ bei den Lohnverhandlungen rief am Mittwoch der ÖGB in Wien auf. Anders als beim letzten Großkampftag 2003 – damals ging es bei einem Hagelsturm gegen die schwarzblaue Pensionsreform – war dem ÖGB diesmal das Wetter-

glück hold. Bei strahlendem Sonnenschein marschierten rund 20.000 Arbeitnehmer – im grauen Anzug ÖGB-Chef Erich Foglar – über den Schwarzenbergplatz, wo die Industriellen-Vereinigung residiert, zum Sitz der Wirtschaftskammer in der Wiedner Hauptstraße. Foto: apa

Seite 3

Kommentare

Andreas Unterberger über die ÖGB Demonstration. Seite 2



Andreas Unterbergers

nicht ganz unpolitisches

Tagebuch

Die großen Töne

Warum ist der ÖGB auf die Straße gegangen? Auf erste wirkt das wie gefährliche Scharfmacherei. Auf zweite ist aber der geschickte Versuch zu erkennen, den Frust ob der schlechten und für Gewerkschaften erfolglosen Zeiten abzulassen, ohne dass dabei größerer Schaden angerichtet wird.

Denn wer die vor der Demo gegebenen Interviews des jetzigen und des früheren ÖGB-Chefs liest, findet darin eine – notwendige und richtige, aber jedenfalls: – historische Konzession: nämlich die Zustimmung zur Kurzarbeit ohne Lohnausgleich. Das heißt, wer nur 80 Prozent arbeitet, bekommt künftig auch nur noch 80 Prozent Lohn.

Was für den ÖGB ein Quantensprung ist, auch wenn er die Anstellung zusätzlicher Mitarbeiter zur Bedingung macht. Jedoch ist jedem Arbeiter das eigene Hemd näher als der Solidaritäts-Rock. Daher nehmen sie diese schmerzhaft Konzession viel lieber dann hin, wenn sie „nur“ zur Rettung des eigenen Jobs dient als zur Schaffung neuer.

Insgesamt ist das eine kluge Strategie des ÖGB. Er spürt nämlich genau, dass derzeit auch international dumpfe Angst und defensive Haltungen regieren und nicht die großen Töne. Die aber braucht der ÖGB, will er nicht selbst arbeitslos werden.

Das ist die endgültige Abdankung jeder Bildungspolitik. Weil ein paar Schüler getrunken und getanzt, pardon: demonstriert haben, verzichtet die Unterrichtsministerin darauf, ohne Mehrkosten von den Lehrern einige Tage mehr Unterricht zu bekommen. Will sie uns noch immer einreden, wie wichtig für sie die Bildung sei? Oder besteht Bildung für Frau Schmied nur in mehr Geld, nicht in mehr Unterricht? Dann bitte, bitte: Zumindest keine großen Töne mehr: Von Bildungsreform und so.

Manche Solidaritätsaktionen für den ORF sind mehr als blamabel: Ausgerechnet Greenpeace, Attac, SOS Mitmensch und andere Vereine vom äußersten linken Rand des Spektrums verlangen öffentlich die Rettung der Unabhängigkeit des ORF.

Und sie verschweigen, wie sehr sie selbst von diesem ORF und den dortigen Machtstrukturen abhängig sind. Denn Greenpeace, Attac & Co., also demokratisch durch nichts legitimierte Privatorganisationen, haben von den ORF-Mitarbeitern schon Hunderte Stunden an sympathiegetränkten und kritikfreien Werbeauftritten bekommen. Gratis.

tagebuch@wienerzeitung.at

Zehntausende Arbeitnehmer demonstrieren in Wien für faire Abschlüsse der stockenden KV-Verhandlungen

WIENFRZITUNG
14. 5. 200

Drei von Tausenden Trillerpfeifen, in die geblasen wurde, was das Zeug hält. Das befürchtete Verkehrschaos infolge der Großdemonstration blieb offiziell aus. Foto: ap

„Wir wollen einen Teil der Dividende“

Von Wolfgang Zaunbauer

■ „WZ“-Reportage
von der Großdemo.
■ Arbeitnehmer
beharren auf mehr
Lohn – trotz Krise.

Wien. Der ÖGB hat gerufen und 15.500 (laut Polizei) bis 25.000 (laut Organisatoren) sind gekommen, um in Wien gegen die stockenden Kollektivvertragsverhandlungen zu demonstrieren. Aus ganz Österreich sind sie in Bussen angekarrt worden: Metalller, Textil-, Bau- und Holzarbeiter, IT-Spezialisten, Drucker und viele mehr. Ihr Motto für diesen Mittwochnachmittag: „Wir verzichten nicht!“ Die Botschaft dahinter: Keine Nulllohnrunde, dafür angemessene Abschlüsse.

Der Schwarzenbergplatz füllt sich rasch. Zum Glück für die Organisatoren haben sich die Regenwolken rechtzeitig verzogen und die Veranstaltung kann bei Sonnenschein stattfinden. Die

Teilnehmer werden mit Tausenden Trillerpfeifen ausgestattet, in die bei jeder Gelegenheit kräftig geblasen wird. Anders als bei den Schülerdemonstrationen der letzten Wochen sind Sprachchöre nicht zu hören. Die Parolen prangen stumm an Transparenten.

„Millionen für die Hochfinanz – nix für uns, das ist ein Pflanz“, ist dort ebenso zu lesen, wie „Der Markt hat unser Geld verbrannt, nur Kaufkraft rettet dieses Land“. Linke Splittergruppen versuchen es mit „Kapitalismus braucht uns nicht“. Andere halten es einfach: „Wir die Metalller.“

Auch Arbeitgeber setzen auf Transparente

Auch die Arbeitgeberseite versucht, mit Transparenten Präsenz zu zeigen. So steht am Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz, wo sich der Protestzug sammelt, die Botschaft: „Wir in der Industrie kämpfen um jeden Arbeitsplatz.“

Den Demonstranten genügt das freilich nicht. „Wir

hatten 2008 das beste Firmenergebnis in der Geschichte“, erklärt ein Betriebsrat von Siemens-VAI aus Linz, „wir wollen jetzt einen Teil unserer Dividende“. Spricht's und bläst in seine Trillerpfeife.

„Angebote fern jeder Realität“

Die Demonstranten fühlen sich von den Arbeitgebern hingehalten. „Die IT-Branche verhandelt schon seit fünf Runden, normal sind drei“, sagt Petra Sandner von der Gewerkschaft der Privatangestellten zur „Wiener Zeitung“. Sie fordert Lohnabschlüsse von „mindestens drei Prozent“. Die von den Arbeitgebern angebotenen ein bis zwei Prozent seien „fern jeder Realität“. Eine Textil-Arbeiterin empört sich, ihrer Branche seien nur 1,2 Prozent angeboten worden. „eine Frechheit“. Textil-Arbeit sei ohnehin ein Niedriglohnbereich.

Viele Gewerkschafter fühlen sich angesichts solcher Zahlen verhöhnt. „Die Provokation ist enorm“,

meint ein Chemiearbeiter aus Linz. Und diese Stimmung wird von den Rednern auf der Bühne kräftig angeheizt: Zwei Milliarden Euro seien an Dividenden von den österreichischen börsennotierten Unternehmen ausgeschüttet worden, aber für die Arbeitnehmer gebe es nichts mehr, wegen der Krise – für viele blanke Hohn. Die Gewerkschafter reagieren entsprechend: „Wir sind keine Klassenkämpfer, aber wenn ihr wollt, können wir es sein.“ Post-Gewerkschafter Robert Wurm macht den ÖGB auch gleich zu einer „Kampforganisation – also passt's auf“, ein Generalstreik sei nicht ausgeschlossen.

Kurz nach 16 Uhr setzt sich der Demonstrationzug in Bewegung in Richtung Wirtschaftskammer in der Wiedner Hauptstraße. Eine gute Dreiviertelstunde später erreicht der Tross, angeführt von ÖGB-Chef Erich Foglar und AK-Präsident Herbert Tumpel, das Ziel.

Tumpel greift als erster zum Mikro und fordert für

die Arbeitnehmer einen gerechten Anteil an jenem Gewinn, den diese durch gute Arbeit mit erwirtschaftet hätten.

„Wie, wann und wo wir wollen“

Foglar wiederum teilt heftig in Richtung Vizekanzler Josef Pröll aus, der statt der Demonstration weitere Verhandlungen gefordert hatte. Nichts sei gerechtfertigter als diese Demonstration. „Wir demonstrieren wie wir wollen, wann wir wollen und wo wir wollen“, poltert der Gewerkschaftschef. Die Zuseher blasen begeistert in ihre Trillerpfeifen.

Einige Wirtschaftskammerer (erkennbar an dunklen Anzügen) beobachten die Szenerie aus einiger Entfernung – halb belustigt, halb neugierig. Auch sie haben Transparente aufgehängt: „Verhandeln am Tisch – nicht auf der Straße“, oder „Null-Runde war nie ein KV-Thema“. Solche Sprüche sind Munition für vda-Chef Rudolf Kaske und GPA-Vorsitzenden Wolfgang

Katzian. Man werde sich natürlich an den Verhandlungstisch setzen, meint Kaske, „aber wir werden uns nicht über den Tisch ziehen lassen“. Katzian wiederum erinnert daran, dass es für die IT-Beschäftigten nach wie vor kein Angebot über eine Erhöhung der Ist-Löhne gebe, was einer Nulllohnrunde gleichkomme.

Das Verkehrschaos bleibt offiziell aus

Um 18 Uhr ist die Demo aus. Viele haben eine stundenlange Heimfahrt vor sich. Diese haben sich die Vorarlberger erspart und im Lände eine eigene Demonstration mit rund 1000 Teilnehmern abgehalten.

Das benutzte Verkehrschaos bleibt aus – zumindest offiziell. „Es ist nicht so schlimm“, sagt eine Polizeisprecherin. Die wild gestikulierenden und fluchenden Autofahrer, die keinen Ausgang aus dem Einbahnstraßengewirr des vierten Bezirks finden, dürften da anderer Meinung sein. ■

■ Zitate zur ÖGB-Demonstration

„Wir sind um die Vollzeit, die Gewerkschaft ist eine Kampforganisation – also passt's auf!“
Post-Gewerkschafter Robert Wurm

„Es ist nicht schwierig, in guten Zeiten ein guter Manager zu sein.“
Chemiegewerkschafter Artmayer sieht die Manager gelächelt

„Immer vida, immer vida, immer vida ÖGB.“
vda-Chef Rudolf Kaske macht Stimmung

„Die ganze Wiedner Hauptstraße ist voll von Gewerkschaftern.“
Die Organisatoren vom ÖGB sind mit dem Zulauf zufrieden

„Ich hätte einen anderen Weg gewählt, weil ja noch nicht einmal Verhandlungen abgebrochen worden sind.“
Vizekanzler Josef Pröll hat wenig Verständnis für die Demo

„Wir demonstrieren wie wir wollen, wann wir wollen und wo wir wollen.“
ÖGB-Chef Foglar kritisiert die Kritiker der Demonstration

„Eines steht fest: Die Gewerkschaft demonstriert heute in Wien auch gegen ihr eigenes Versagen in den letzten Jahren.“
FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl ist zwar für die Arbeitnehmer, aber gegen den ÖGB

„Diese Krise ist nicht unsere Krise.“
GPA-Chef Wolfgang Katzian ordet die Schuldigen in der Hochfinanz

„Weniger Lohn führt in die Rezession.“
Demonstranten-Transparent

„Mehr Kaufkraft in der Krise, heißt die Devise.“
Ein weiterer Versuch

„Verhandlungen am Tisch – nicht auf der Straße.“
Kontor der Wirtschaftskammer

„Nur neun Prozent der Arbeitnehmer sind zu keinem Lohnverzicht bereit.“
IV-Präsident Veit Sörger sieht die Bevölkerung auf seiner Seite



Die Gewerkschaftsjugend rührt für ihre Anliegen kräftig die Trommeln. Foto: apa

Laut Studie verloren 2008 weniger Führungskräfte der obersten Riege ihren Job als im Vorjahr

Vorstände trotzen der Krise

- In Europa mussten weniger Vorstands-vorsitzende gehen.
- Firmen-Outsider performen besser.

Wien. (sd) Angesichts der Wirtschaftskrise erstaunen die Ergebnisse einer aktuellen Studie der internationalen Strategieberatung Booz & Company über die Fluktuation von Vorstandsvorsitzenden (CEOs). Demnach mussten trotz drastischer Umsatz- und Gewinnrückgänge im Jahr 2008 weniger Führungskräfte ihren Posten räumen als im Jahr davor.

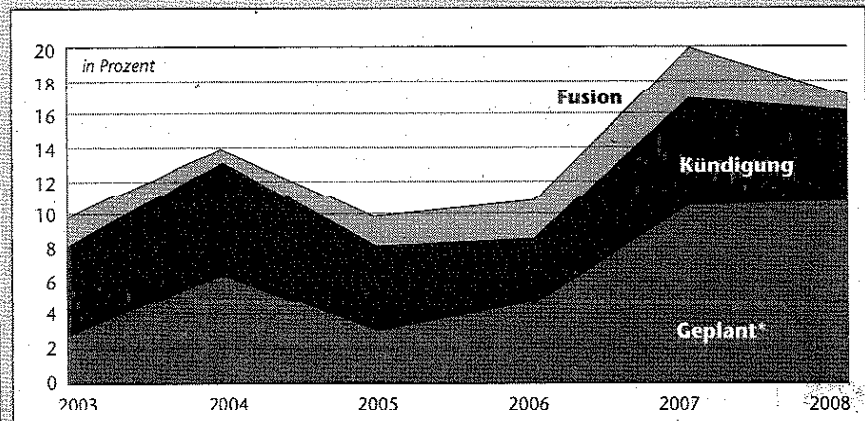
Die Studie analysierte die 2500 weltweit größten börsennotierten Unternehmen, 300 davon im deutschsprachigen Raum.

Krisensichere Jobs

Vor einem Jobverlust verschont blieben vor allem CEOs im deutschsprachigen Raum. Hier rutschte die Fluktuationsrate von 19,7 Prozent im Jahr 2007 auf 17 Prozent herab.

Für Booz & Company bedeutet das, dass die Top-Führungspositionen in österreichischen, deutschen und Schweizer Konzernen

Fluktuationsrate von Vorstandsvorsitzenden nach Wechselgrund bei den 300 größten Firmen im deutschsprachigen Raum



* zB: Auslaufen des Vertrages

Quelle: Booz & Company 2008 CEO Succession Study; Grafik: P. Aufner

WIENER ZEITUNG

„überraschend krisensicher“ sind. Zwar nahmen geplante Abgänge – etwa wegen Auslaufens des Vertrages – leicht zu, Kündigungen und Jobverluste wegen Fusionen gingen jedoch zurück.

Klaus Hölbling, Geschäftsführer von Booz & Company in Österreich, interpretiert das folgendermaßen: „Den guten Seemann erkennt man bei schlechtem Wetter – Aufsichtsräte hielten im krisengebeutelten Jahr 2008 an bewährten Top-Führungskräften fest.“

Der Vergleich zu 2007 ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, verzeichnete dieses Jahr nämlich ein Rekordhoch bei den Jobverlusten von CEOs. Immerhin kam es von 2006 bis 2007 beinahe zu einer Verdoppelung der Anzahl jener Vorstandsvorsitzenden, die im deutschsprachigen Raum ihr Amt abgeben mussten.

Somit räumten 2008 zwar weniger CEOs ihren Schreibtisch als 2007, im Vergleich zu den Vorjahren liegt die Fluktuationsrate aber immer noch hoch.

Nicht in allen Branchen konnten sich die Führungskräfte trotz Krise gut im Sattel halten. Zu Negativrekorden kam es 2008 konsequenterweise in zwei Bereichen: im krisengeschüttelten Finanz- und im Energiesektor.

Im Finanzsektor verloren weltweit ganze 18 Prozent der CEOs ihren Job. Ähnlich viele Wechsel auf Vorstandsebene verzeichnete der Energiesektor. Hier führte laut der Studie der dramatische Absturz des Rohölpreises zur Ablösung

von 18,3 Prozent der weltweiten Führungskräfte. 2007 waren hingegen nur 9,4 Prozent der CEOs im Energiebereich von einer Wechsel betroffen.

Die Erfahrung zählt

Die Studie untersuchte erstmals auch jene Vorstandsvorsitzenden, die 2008 neu ins Amt berufen wurden. Hier setzte ein knapper Fünftel der Unternehmen auf etablierte Persönlichkeiten und entschied sich für Führungskräfte, die zuvor eine Position an der Unternehmensspitze innegehabt hatten.

Mehr als zwei Drittel der neuberufenen CEOs kamen laut Studie aus den eigenen Reihen. Im deutschsprachigen Raum erbrachten dies Führungskräfte jedoch eine schlechtere Leistung als solche CEOs, die von einem anderen Unternehmen kamen. Diese Außenseiter haben im Schnitt eine sechsprozentig höhere Aktienrendite erzielt als Inside CEOs. Die Studie für 2008 zeigte noch ein anderes Bild. Damals hatten die Insider wesentlich bessere Ergebnisse erzielt als jene CEOs, die ihre Karriere außerhalb des Unternehmens absolviert hatten.